

der Bevölkerung aufzuhalten gewesen wäre. (Bebachte Zustimmung.) Es will mir doch scheinen, als seien jene jenseits geblieben Worte propositioinal der Untersuchung vom besetzten Gebiet. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Handclatschen.) Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß das Sachverständigengutachten in dem Sage mündet, daß Deutschland nicht zugunsten werden könnte, gegenwärtig, und im ersten Jahre auch nur einen Pfennig aus seinem Budget zu zahlen. (Wiederbruch rechts.) Eine der schlimmsten Kriegsgeschäfte war die von dem beträgerischen Bankrat des Deutschen Reichs, die Behauptung, Deutschland könne zahlen, wolle aber nicht. Diese Behauptung hat Völkereinigung dazu gedient, die Besetzung der Ruhr der Weltblaustrafe zu machen. Wenn jetzt also anerkannt wird, daß Deutschland nicht zahlen kann, dann droht damit die moralische Grundlage für die Besetzung überhaupt zusammen. Ich habe alle Veranlassung, die Frage der Wiederaufhebung der Besetzung als die wichtigste in den Hintergrund zu rüsten. Ich weiß, daß die Sachverständigen die deutschen Leistungen von 1923 an im wesentlichen Maße überschätzt haben. Ich bedaure, daß die anfängliche Bilger von 1750 Millionen nicht an Stelle der heutigen stehen geblieben ist. Die öffentliche Meinung steht in dem Gutachten, das unter dem maßgebenden Einfluß der amerikanischen Sachverständigen entstanden ist, die wirtschaftliche Bibel der Gegenwart. Wer sich ihr entgegenstellt, muß damit rechnen, daß er die größte Macht gegen sich aufbringt! Allen anderen voran ist aber die Frage zu beantworten, ob das Sachverständigengutachten dazu angeht, uns zu Sklaven zu machen oder nicht. (Sehr richtig!) Wenn die Vorschläge der Sachverständigen solche Sachleistungen, Übertragung von Gold und Devisen an das Ausland nur dann verlangen, wenn es ohne Gefährdung der deutschen Wirtschaft geschehen kann, so ist das doch ein Bruch mit dem bisher vertretenen System. (Erneut große Unruhe rechts!)

Gestern hat Graf Westarp auf die Kreditkrise hingewiesen. Sie ist nach zwei Richtungen außerordentlich bedeutsam. Einmal ist sie infolge der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse — ob nun das Sachverständigengutachten angenommen wird oder nicht — ein Hindernis für viele Verhandlungen mit ausländischen Kreisangehörigen. Zweitens ist der Angelpunkt des Gutachtens das Auslandseinkommen der internationalen Anleihe von 800 Millionen Mark. Diese 800 Millionen Mark fließen der deutschen Währung zu. Damit kann die Währungsbank ihre Notenausgabe ausbauen. Wenn Sie nicht in dieses vollkommen ausgedehnte Flußbett ganz neue Gewässer hineinfleßen, werden wir alle mit verdonnen. Der Minister weist hin auf die Neugestaltung der Verwaltung der deutschen Reichsbahnen, bei der wir um das Übergewicht in der Verwaltung zu ringen haben werden. Selbstverständlich werden Sie die Reichsregierung da an der Seite beräsentigen finden, die eine ertragreiche Aenderung der schweren und gefährlichen Bestimmungen erreichen wollen. Als Meinung der Regierung möchte ich zum Ausdruck bringen, daß die Weiberherstellung der Verwaltungseinheit im vierteljahr in die Herstellung der Souveränität eingegangen ist.

Sie nehmen nun einmal folgenden Vorschlag an, wobei ich willkürliche Termine ansehe:

Annahme der betreffenden Gesetze in Deutschland am

1. Juli.

Aufhebung aller Bestimmungen Frankreichs bezüglich der Bollition usw. innerhalb 14 Tagen, also am

14. Juli.

Wir können selbstverständlich keine Leistung übernehmen, ehe wir wissen, daß diese Voraussetzung für unsicher gestellt ist. Die Fragen der Freilassung der Gefangenen und der Milizier der Ausgewiesenen sind in dem Sachverständigengutachten nicht behandelt und könnten nicht behandelt werden, da das Gutachten sich nur auf wirtschaftliche Fragen bezieht. Über diese Fragen stehen wir seit Wochen mit den übrigen Regierungen in Verbindung und sind dabei auf Verständnis der anderen Nationen für diese Fragen gestoßen.

Die militärische Räumung des besetzten Gebietes ist eine Prestigefrage. Über in dem Sachverständigengutachten ist gesagt, daß die Sachverständigen keine andere Kontrolle zulassen könnten, als die, die sie selbst in dem Gutachten genannt haben. Das bedeutet, daß die Sachverständigen eine militärische Kontrolle, ein militärisches Eingreifen in die Wirtschaftsverhältnisse nicht billigen. Ich komme nun zu der Frage der Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens im Ganzen. Angenommen haben wir den Bericht nur als Schema. Über Nichtannehme des unteilbaren Ganzen würde bedeuten, daß jede Nation aus diesem Buchen die Rosinen herauspfeile, die ihr gerade passen. (Sehr wahr!) Dann gibt es keine französische Regierung, die unsere Vorbehalte anerkennen wird. Aus wirtschaftlichen Interessen werden die Nationen aber für uns eintreten, daß dieses unteilbare Ganze auch von der Gegenseite innegehalten wird. (Abg. Lüdz (Dn.): Ein gutes Bildhören für die Gegenseite!) Dem Außenminister vorzuwerfen, daß er fremde Interessen vertrete, ist das Unfassbare, was einem Minister geboten werden kann! (Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten und stürmische Brüderklasse.) Ich mache mein Gehör daraus, daß ich das Sachverständigengutachten für einen Fortschritt halte gegenüber dem bisherigen Zustande. (Wiederbruch und Lärm rechts.) Die Diskussionen die Herr v. Grafe gestern gemacht hat, sind außerordentlich verantwortungslos gewesen. (Lärm rechts.) Wie kann man, wenn der Reichsanziger von einer ehrlichen deutsch-französischen Verständigung weißt, die notwendig ist, erklären, bis wann sollte man eher verbitten, als daß es zu einer Verständigung kommt. (Lärm rechts. Abg. Graf Westarp (Dn.) ruft: Schlonge Frankosen im Bande sind, hat er recht!) Es handelt sich ja gerade darum, daß die Frankosen aus dem

Band gelöst werden! Wenn in anderen Ländern davon gesprochen wird, daß man zu einem mobus überbringen will, kann da der deutsche Reichsanziger Werthaupt je etwas anderes anstreben, als eine ehrliche Verständigung? (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir können nur hoffen, daß die Behandlung der Fragen erfolgt mit Sachlichkeit und Leidenschaftslosigkeit, aber nicht aus Parteidräuschen. (Bebachter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schlonge Schöning (Dn.): Auch nach Annahme des Gutachtens werden uns die Franzosen von neuem bedrohen. Die Behauptung, Deutschland könne zahlen, wolle aber nicht. Diese Behauptung hat Völkereinigung dazu gedient, die Besetzung der Ruhr der Weltblaustrafe zu machen. Wenn jetzt also anerkannt wird, daß Deutschland nicht zahlen kann, dann droht damit die moralische Grundlage für die Besetzung überhaupt zusammen. Ich habe alle Veranlassung, die Frage der Wiederaufhebung der Besetzung als die wichtigste in den Hintergrund zu rüsten. Ich weiß, daß die Sachverständigen die deutschen Leistungen von 1923 an im wesentlichen Maße überschätzt haben. Ich bedaure, daß die anfängliche Bilger von 1750 Millionen nicht an Stelle der heutigen stehen geblieben ist. Die öffentliche Meinung steht in dem Gutachten, das unter dem maßgebenden Einfluß der amerikanischen Sachverständigen entstanden ist, die wirtschaftliche Bibel der Gegenwart. Wer sich ihr entgegenstellt, muß damit rechnen, daß er die größte Macht gegen sich aufbringt!

Abg. Breitscheid (Soz.) behauptet, daß auf den Abg. Schlonge nicht zutreffe: „Bleibe klug wie die Schlonge und einsichtig wie die Taube.“ (Herrlichkeit.) Die Sozialdemokratie stimmt für das Gutachten, stelle aber damit der Regierung Marx weder eine Blankovollmacht aus, noch befunde sie ihr damit ein allgemeines Vertrauen.

Abg. Massow (Kom.) will, daß dieses Parlament zum Teufel gejagt wird. Er erstrebe die Rittertat des Proletariats.

Abg. Graf Nevenkow (Matzog.): Wir teilen nicht den Optimismus der Regierung und ihrer Parteien. Nur durch einen Umschwung im öffentlichen Sinn kann unser Volk gerettet werden.

Abg. v. Kardorff (D. Sp.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Übergang zur Tagesordnung über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten.

Abg. v. Grafe (Matzog.) hält an seinem Antrage fest weil die Regierung ohne das Vertrauen des Hauses im Amt bleibt wollen.

Abg. Böthe (Soz.) nennt den nationalsozialistischen „Vertrauensantrag“ eine Unehrlichkeit sondergleichen.

Der Haushaltplan für 1924 wird darauf dem Haushaltsausschuß überwiesen.

#### Die Abstimmungen.

Zuerst wird abgestimmt über das deutsch-nationalen Vertrauensvotum. Dafür stimmen mit den Deutschen Nationalsozialisten, die Kommunisten, die wirtschaftliche Vereinigung und die Deutschnationalen.

Das Vertrauensvotum wird mit 239 gegen 104 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. v. Kardorff (D. Sp.) wird dann über den „Vertrauensantrag“ der Nationalsozialisten zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt dann die Abstimmung über die Billigungsformel der Regierungsparteien. Dafür stimmen mit den drei Mittelparteien auch die Sozialdemokraten, die bairische Volkspartei und die wirtschaftliche Vereinigung.

Die Billigungsformel wurde mit 247 gegen 183 Stimmen angenommen.

(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Das Haus geht über zu weiteren Punkten der Tagesordnung.

Ein Antrag Dr. Scholz (D. Sp.) zur Veränderung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses wird in allen drei Lesungen angenommen. Die Regierung kann mit Ausübung des Reichsratsmehrheitsverfahrens vornehmen, um unaufrechten Elementen zu begegnen.

Der Motivat wird in dritter Lesung gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Eine Entschließung des Abg. Scholz (Kom.), die sich gegen das Verbot des Roten Tages in Leipzig richtet, wird gegen die Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung Dienstag, den 24. Juni nachm. 3 Uhr.

#### Neue Befehle für Kommunisten.

Un alle Mitglieder und Funktionäre der kommunistischen Partei ist von ihrer Zentrale ein Befehl „des unbedingten Schweigebotes bei allen politischen und gerichtlichen Vernehmungen über alle Parteiteilnehmungen sowie über Parteigenossen“ ergangen. Solange die zur Vernehmung vorgeführten oder geladenen Gezwulsen oder Genossen sind. So heißt es in dem Befehl, nicht ihren von der Partei gestellten Vertreter und durch diesen die ausdrückliche Genehmigung der Aussage von der Partezentrale erhalten haben, müssen sie jede Aussage verweigern. Mitglieder der Partei, die diesem Befehl entgegenhandeln, werden aus der Partei ausgeschlossen. Dieser „Befehl“ enthält eine direkte Aufforderung zum Weineld.

Ferner hat die kommunistische Parteileitung Anstrukturen an die kommunistischen Abgeordneten herausgegeben, die sich u. a. auf die Haltung der Vertreter in den Stadtverordnetenversammlungen beziehen. Es wird die Unwteilung ertheilt, die Sitzungen zu sprengen, Demonstrationen zu organisieren und die Geschäftswelt zu durchkreuzen. Es heißt da z. B.: Die kommunistischen Abgeordneten haben auch in den Sälen, wenn es ihrer nur einige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Vertragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur der Mensch des Stammes eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Feind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist. Kein Kommunist darf nach den weiteren Bestimmungen der Inkurrektion die Vertraulichkeit in den Ausküssen respektieren. Wenn ein Genosse mit Gewalt aus einer Sitzung entfernt ist, haben die anderen die Verpflichtung, den Fortgang der Sitzung zu verhindern. Haben die Kommunisten in einer Gemeinde die Mehrheit, so müssen sie versuchen, das Gemeindeparlament zu einer Abstimmung des Wahlverbandes um-

zu bringen. Bei der Entsendung eines Regierungskommissars sollen Wählenden demokratischen Inhabern gewidmet werden.

#### Eisenbahnerstreik in Sicht.

Am 5. Eisenbahnerversammlungen in Berlin wurde einstimmig eine Resolution angenommen für den Beginn des Eisenbahnerstreiks am 15. Juni. Die Versammlungen verließen außerordentlich ruhig und standen ganz unter kommunistischen Führern. Die Vertreter der Gewerkschaften waren vorzustellen beim Reichsarbeitsminister. Sie verlangten außerordentliche und beschleunigte Maßnahmen für einen Preisabbau, wenn eine neue große Rohr- und Streibewegung im ganzen Reich vermieden werden sollte. Die Antwort des Reichsarbeitsministers war insofern bestimmt, als er die Berechtigung der Forderungen erkannte und einen Kabinettsbesluß in der Frage des Preisabbaues in Aussicht stellte.

**Ein Engländer über das Aufgebot.** In einem vom Überseebeschaffungsamt veröffentlichten Bericht des britischen Handelssekretärs für die betroffenen Gebiete betont dieser die große Bedeutung der Industrie des Rheinlandes und des Ruhrgebietes und erklärt, infolge der schweren Verpflichtungen aus den Micumverträgen sei die Produktivität der Kohlenförderer so gut wie erloschen.

**Amerikanisches Militärauge.** In amerikanischen Regierungskreisen verlautet, daß in der Geschäftswelt die Unruhe wächst, Geld in Europa und besonders in Mitteleuropa anzulegen. Ein Vertreter der Regierung erklärte einem Mitarbeiter der „United Press“, angesehen der Schwachz des Kabinetts Marx und der täglichen Szenen im Reichstag sei es unvermeidlich, daß die Aussichten für das Zustandekommen der im Rahmen vorgenommenen Anleihe sich verringerten. Das Beste reiben, Geld anzulegen, ziehe sich jetzt auf Südamerika — Bay Sonderschiff der „United Press“ für die „Kölische Zeitung“ ist der Antrag des Senators Dial, der vorschlägt, 150 Millionen Dollar des sogenannten fremden Eigentums zur Wiederbelebung des Handels mit Deutschland, Österreich und Ungarn zu verwenden, ebenfalls abgelehnt worden.

**Internationale Arbeiterkonferenz.** Am 18. Juni beginnt in Genf die 6. Tagung der internationalen Arbeitskonferenz. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1) Errichtung der Freiheit der Arbeit. 2) Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Arbeitsstellen. 3) 24ständige wöchentliche Betriebsruhe in Glasfabriken mit Wannenöfen. 4) Nacharbeit in den Bäckereien sowie einige kleinere Fragen. Deutschland wird auf dieser Konferenz durch eine Abordnung vertreten sein.

**Arbeiterkongress in Wien.** Am Freitag trat hier die Executive der sozialistischen Arbeiterinternationalen zusammen. Die Vertreter Deutschland werden erst für heute erwartet. Vorerst wurde zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt, worauf in die Beratung der Tagesordnung eingetreten wurde. Dies umfaßt u. a. die politische Lage, den Achtstundentag und eine Antikriegsdemonstration.

**Günmarsch der Serben in Albanien?** Londoner Blätter melben aus Konstantinopel, daß Griechenland in Albanien einmarschiert werde, falls Serben seine angefochtene Macht auf Befreiung einiger albanischer Grenzstädte durchführen sollte. Die Entwicklung der albanischen Frage wird als gefährlich bezeichnet und besonders die Haltung Italiens von mehreren Seiten mit steigendem Misstrauen betrachtet.

**Die Solidarität der gelben Rasse.** Die Havasagentur meldet aus Tokio: Der Mikado empfing den chinesischen Gesandten, der ihm die Solidarität Chinas zum Kubardt gebracht hat, in der Hoffnung, daß durch das amerikanische Einwanderungsverbot der gelben Rasse eine schwere Kränkung ausgeübt werden sei. Die japanische Presse sieht dem Besuch eine außerordentliche politische Bedeutung, während die Regierungsausschaffung nur von einer persönlichen Stellungnahme des Gesandten spricht.

#### Von Stadt und Land

Freitag, 7. Juni.

##### An die Pfingstausflügler!

Pfingsten, das liebliche Fest, ist gekommen. Zu Tausenden werden die Menschen hinausziehen, zu Fuß, auf dem Rad, auf motorgetriebenen Leiterwagen. „Fert von der Stadt!“ heißt die Lösung. Welt draußen dann will man sich im Grünen lagern zu frohem Picknick. Dann strecken die Massen weiter, den Platz anderer überlassend. Awei Tage später erst kann die Natur wieder in ihrem gewohnten Schlafräumen. Aber was für häßliche Bilder bringen dann in ihre Träume! Man glaubt immer, es könnten nur geistig rege, für Schönheit empfindsame Menschen sein, die in Stundenweiten Märchen ein schönes Fleisch erstecken. Daß dem nicht so ist, muß man mit Gedauern feststellen, wenn man nach dem Fest die schönen Punkte aussucht, die so viele Menschen anslocken. Es scheint, als ob dort eine Reihe von Papierketten umgeworfen worden sind, Eier- und Käselinsenschalen bilden ein wüstes Mosch. Scherben verwüstigen das Bild eines Rastortes von Kulturmenschen. Die Ausflügler, denkt doch daran, daß nach euch auch noch Menschen kommen, die einmal ratzen wollen, die all diesen Unrat sehen, sie mögen wollen oder nicht und denen tut das wohl, daß ihr Bruder Mensch sich selbst so entwürdigen kann! Oder fühlt ihr euch wohl, wenn ihr an eurem Rastorte derartige Überreste vorfindest? Nichts kann hier helfen als gegenseitige Erziehung. Macht die Schönheit der Natur auf ihr unschönes Gehaben aufmerksam! Verteidigt euer Recht auf Schönheit!

**Der Begleichung der Amtsbaupflicht Schwarzberg** tagte am 4. Juni 1924 das letzte Mal in seiner letzten Zusammenstellung. Die Verabschiedung bot das Vorliegen einiger Steueroberungen (Schankeraubabgabe, Jagdpachtsteuer, Getränkesteuer), die wegen ihres z. T. rechtzeitigen Inkrafttretens noch rechtzeitig verabschiedet werden mußten. Sie wurden durchweg anstandslos angenommen, weil erkannt wurde, daß die vorgesehene Steuern bei der frühen Finanzlage des Bezirks notwendig und für die Betroffenen tragbar sind. — Gegen den Antrag der Stadt Schwarzberg, bet. Auszahlung aus dem Bezirksvorstande, nahm man einstimmig Stellung. — Eine sehr lebhafte Debatte ergab sich bei Beratung des Vertragsentwurfes über die Auszubildung mit der Stadt. Eine anfänglich des Auszuheldens und dem Bezirksvorstande. — Der Auschreibung einer Bezirksausbildung von 120 000 Goldmark auf die Monate April-Juni 1924